

---

## FORUM: Positionen

---

### Rolf Dietrich Schwartz: Abschied vom sozialen Frieden? - Gewerkschaften, Staat, Unternehmen

---

Dipl.-Volkswirt Rolf Dietrich Schwartz, geb. 1940, Studium der Volkswirtschaft und Soziologie in Hamburg und Berlin, ist Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Rundschau“ in Bonn.

#### Ein langer Leidensweg

Die Regieanweisung für eine lang angelegte Strategie zur Schwächung der Gewerkschaften lieferten die Arbeitgeber schon vor der politischen Wende in Bonn. Im März 1982 konstatierte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Denkschrift „Soziale Sicherung in der Zukunft“ grundlegend veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, eine prekäre Situation der öffentlichen Finanzen und die sich abzeichnende ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung. Sie machten ein „Umdenken in der sozialen Sicherungspolitik“ erforderlich. „Hierbei kommt es darauf an, das Verhältnis von sozialer und ökonomischer Stabilität neu zu bestimmen, die kollektiven Schutznotwendigkeiten den gewandelten Verhältnissen anzupassen, das Anspruchsdenken zurückzuschrauben und die Eigenverantwortung für die Lebensrisiken zu stärken.“

Ein halbes Jahr später lieferte der damalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) sein bekanntes „Scheidungs-Papier“ der sozial-liberalen Regierungskoalition ab, die wenige Wochen später an den viele Jahre schon nicht mehr zu vereinbarenden wirtschafts- und sozialpolitischen Standpunkten von SPD und FDP zerbrach. Zur Mitte des darauf folgenden Jahres - nach der für die im Herbst 1982 neu gebildeten konservativ-wirtschaftsliberalen Koalition siegreichen Bundestagswahl im März 1983 - überschlugen sich mit den berühmten „Albrecht-Thesen“ des niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten und dem nicht weniger verrufenen „George-Papier“ des inzwischen verstorbenen CDU-Sozialexperten die Scharfmacher im Regierungslager mit Handlungsanweisungen zur Demontage des in über 30 Jahren mühsam nach dem Auftrag des Grundgesetzes aufgebauten „sozialen Rechtsstaates“.

Seitdem kommen die Gewerkschaften nicht mehr zur Ruhe mit ihren Abwehrkämpfen gegen das vereinigte Bündnis von Kabinett und Kapital zur Verhinderung der sozialen Demontage, zunächst in Mark und Pfennig, später dann in Paragraphen. Die seit Monaten tobende Abwehrschlacht gegen die

Einschränkung ihrer Kampffähigkeit im Zusammenhang mit dem „Ausspernungsparagraphen“ 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) ist nichts anderes als die Fortsetzung dieses Kampfes gegen die vor vier Jahren schon in der Arbeitgeber-Denkschrift geforderte „Anpassung der kollektiven Schutznotwendigkeiten an die gewandelten Verhältnisse“.

„Gewandelt“ hatten sich diese Verhältnisse allerdings schon Mitte der siebziger Jahre in der sozial-liberalen Koalition. Damals verschärfte der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt durch Eingriffe in geltende soziale Sicherungsgesetze die zwei Jahre vorher von der ersten Ölpreisexplosion ausgelöste Weltwirtschaftskrise - gegen den Widerstand der Gewerkschaften. Nach der zweiten Ölpreisexplosion 1979/80 ging es dann richtig los mit der „Schlankheitskur für den Sozialleistungsstaat“ (der damalige FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher): „Operation 81“ - „Operation 82“ unter sozial-liberaler Regierungsverantwortung; dann die Sparhaushalte von 1983 bis heute. Sie markieren die Bonner Stationen des Leidensweges für viele Millionen Arbeitnehmer, Frauen, Rentner, Kranke, Behinderte, Jugendliche und Ältere, Auszubildende und Ausländer. Über sie alle hinweg soll das Rad der Geschichte zurückgedreht werden.

Inzwischen hat es dabei schon ein ansehnliches Stück Wegs zurückgelegt. Die Lohnquote, also der Anteil der abhängigen Einkommen am Volkseinkommen, ist auf den Stand von Mitte der sechziger Jahre zurückgefallen. Nach fünf Jahren fortwährenden realen Einkommensverlusten hegt die Kaufkraft der Arbeitnehmer auf dem Stand von 1977/78. Die Gewinne dagegen stiegen im Vergleich dazu um durchschnittlich 50 Prozent. Aus der schon vor zehn Jahren von Helmut Schmidt beschworenen Wunderformel, daß die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen bringen, ist dabei nichts geworden. Der nun schon länger als drei Jahre andauernde Konjunkturaufschwung ist am Arbeitsmarkt vorbeigegangen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten hat im vergangenen Jahr mühsam wieder das Niveau vom Tiefststand der letzten Rezession aus dem Jahre 1982 erreicht. Mit über 2,3 Millionen registrierten und mehr als 1,3 Millionen „stillen“ Arbeitslosen sind das penetrante Eigenlob von Bundesregierung und Arbeitgebern über die angeblich glänzenden Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik und die zäh verfolgte „Optimismuskampagne“ über die glorreichen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten ohnehin nicht mehr als blanker Zynismus.

### Manipulierte Statistik

In dieses Trugbild einer „sonnigen Konjunkturlandschaft, auf dem nur noch ein kleiner Schatten über dem Arbeitsmarkt hegt“ (so CDU-Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg), passen denn auch nahtlos die im vergangenen Jahr begonnenen Versuche der Regierungskoalition und der Arbeitgeberverbände zur Verschönerung der Arbeitslosenstatistik. Plötzlich sollten nur noch „Beschäftigte“ gezählt werden. Allenfalls nur noch „echte“ Arbeitslose dürf-

ten in der amtlichen Statistik auftauchen. Offensichtlich wollen sich diese Stimmen die für sie günstigen Kräfteverhältnisse im Lande bewahren, ohne daß davon negative Stimmungen ausgehen. Natürlich ist für sie eine Gewerkschaft mit einer industriellen Reservearmee von über dreieinhalb Millionen Arbeitslosen eine leichter zu disziplinierende Gegenkraft. Eine geschönte Statistik entlastet wohl die Regierenden, nicht aber die Gewerkschaften von diesem Druck. Also sollen alle jene Personen aus der amtlichen Arbeitslosenstatistik verschwinden, die „nichts mit dem typischen Schicksal der Arbeitslosigkeit zu tun haben“.

Im jüngsten Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zählt die Wirtschaftslobby den Kreis der ihr „unerwünschten Personen“ mit dankenswerter Offenheit auf:

- kurzzeitig (weniger als 20 Stunden wöchentlich) Beschäftigte, die nach einer längerzeitigen Beschäftigung suchen;
- Ersteintritte nicht mehr jugendlicher Personen auf den Arbeitsmarkt sowie die Wiedereintritte nach längerer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit - z. B. Ehefrauen mit Familienpflichten (!) und zeitlich eng eingegrenztem Teilzeitwunsch;
- Frauen, die nach der Geburt eines Kindes noch vor ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben die Arbeitslosengeldleistungen in Anspruch nehmen;
- erkrankte Arbeitslose, die bis zur Dauer von sechs Wochen Arbeitslosengeld weiterbezahlt bekommen;
- vermindert leistungsfähige Arbeitslose, die auf die Erwerbsunfähigkeitsrente warten;
- Arbeitslose, die nur auf den Beginn eines neuen Lebensabschnitts warten (z. B. Bundeswehr, Studium) und
- ältere Arbeitslose, die auf den Eintritt ihrer Rente warten.

Mit diesem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosenstatistik - und nicht etwa der Arbeitslosigkeit - will das Bündnis aus Regierung und Unternehmen direkt die Gewerkschaften treffen. Sie sollen nur noch Interessenvertreter der Erwerbstätigen sein, allerdings im Sinne der Kapitalvertreter, und sich nicht zu Anwälten von „Randgruppen“ machen lassen. Ziel dieser Strategie ist die Formierung der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, in der die Gewerkschaft nur noch eine Daseinsberechtigung als „Ordnungsfaktor“ der aktiv Beschäftigten haben würde, der die Wiedereingliederungswünsche der ausgegrenzten Bevölkerungsschichten abzuwehren hätte.

#### Verharmlosungsstrategien und Ablenkungsmanöver

Diese Versuche der Regierung und Unternehmen sind nichts anderes als die Fortsetzung jener Verharmlosungsstrategie, mit der von Beginn der Massenarbeitslosigkeit an seit über zehn Jahren das Versagen der Wirtschaftspolitik auf dem mit Abstand wichtigsten Felde des Arbeitsmarktes vernebelt worden ist. Am Anfang machten nur ein paar „Drückeberger“ das Problem aus, die sich „in der sozialen Hängematte“ auf Kosten der Leistungsbereiten

ein gutes Leben machten. Danach gab es die Diskussion über angeblichen Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung. Dann mußte in der Ideologie der herrschenden Lehre die „freiwillige“ Arbeitslosigkeit erhalten, weil zumutbare Arbeitsgelegenheiten nicht wahrgenommen würden oder - gesamtwirtschaftlich - die Lohnansprüche einfach zu hoch wären. Daneben fanden und finden die gut bezahlten Interessenten in Politik und Wirtschaft immer auch gravierende statistische Fehler in den amtlichen Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit, „die zu einer systematischen Überhöhung des Arbeitslosenbestandes führen“. So die Arbeitgeberverbände.

Fast ist es da schon verwunderlich, daß es die unternehmerische Wirtschaft überhaupt für angezeigt hält, die „Herausforderung Arbeitslosigkeit“ zu einem Thema zu machen, wie es in ihrem im August 1985 vorgelegten „Zwanzig-Punkte-Programm: Für mehr Beschäftigung“ zum Ausdruck kommt. Beim näheren Hinsehen freilich entpuppt sich auch dieses Vorhaben der Arbeitgeber als ein pures Abziehbild „ihrer“ Regierungslinie und als ein grandioses Ablenkungsprogramm von den tatsächlichen Erfordernissen am Arbeitsmarkt. Nur „viele kleine bedachte Schritte“ könnten Abhilfe schaffen, „In diesem Sinne befindet sich die Bundesregierung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch auf dem richtigen Weg“, geben ihr die Arbeitgeber gegen die Forderungen der Gewerkschaften Flankenschutz. Konsequenterweise beschränkt sich das voluminös wirkende „20-Punkte-Programm“ der Arbeitgeber darauf, die ohnehin feststehende „Tu-nix“-Linie Bonns nachzuzeichnen mit den sattsam bekannten Marktbekanntnissen aus Wachstumsförderung, Arbeitsmarkt- und -Zeitflexibilisierung und Ausbildungsversprechen.

#### Gewerkschaften im Härtetest

Die Tatsache, daß die Gewerkschaften einige Elemente des Regierungsarbeitgeberprogramms in ihren Forderungskatalog aufgenommen hatten, wie etwa die anvisierten vermehrten Anstrengungen zur beruflichen Qualifizierung, verstand die Regierung geschickt für eine breit angelegte Annäherungsoffensive gegenüber den Gewerkschaften zu nutzen, indem sie die „Tarifpartner“ zu einem „Dreier-Gespräch“ im Kanzler-Bungalow mit einer Reihe von Ministern bei Bundeskanzler Helmut Kohl versammelte. Dort wurden dann Anfang September „Entscheidungen“ über die Verwendung der fünf Milliarden Mark Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit getroffen, die eigentlich innerhalb der Regierung zwar schon längst festgeklopft waren, aber als Legitimation für die Wiederbelebung einer Art „Konzertierter Aktion“ erhalten konnten. Immerhin war es dem CDU-Regierungschef gelungen, erstmals seit acht Jahren Gewerkschaften und Arbeitgeber wieder gemeinsam an den „Tisch der kollektiven Vernunft“ zu holen und den Arbeitnehmervertretern das Gefühl zu vermitteln, sie gehörten „dazu“. Nach der allzu platten Parteinahme Kohls im Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung für die Interessen der Arbeitgeber („dumm, absurd, töricht“) hatten sich für kurze Zeit jene Kräfte im Regierungslager durchgesetzt, die es mal wieder mit den Gewerkschaften versuchen wollten.

Die Scharfmacher auf dem Wirtschaftsflügel der Union und in der FDP hatten insofern nichts dagegen einzuwenden, als sich ihnen unverhofft eine willkommene Gelegenheit bot, die Gewerkschaften einem Härte-test auszu-setzen und einen Keil zwischen Führung und Basis zu treiben. Einen Monat später war nämlich seit langem eine „DGB-Aktionswoche“ gegen Sozialabbau und die beschäftigungspolitische Enthalt-samkeit der Bundesregierung ange-setzt, bei der in zahlreichen Protestveranstaltungen in Betrieben und in der Öff-entlichkeit die Mitglieder mobilisiert werden sollten. Da traf es sich gut, die Spitzen der Gewerkschaften beim Kanzler am Kamin für einen Photo-Termin zu mißbrauchen, um die Basis über die Standfestigkeit ihrer Führung im unklaren zu lassen und in Verwirrung zu stürzen.

Vollends offensichtlich wurde diese generelle Strategie der Regierung gegenüber den Gewerkschaften nach der Devise des „Teilens und Herr-schens“ in dem dann von den Falken im Kabinett vom Zaun gebrochenen Streit um die angeblich verlorengegangene „Neutralität des Staates“ bei Arbeitskämpfen. Auch hier wieder die Regieanweisung von „Zuckerbrot und Peitsche“ für die Gewerkschaften, nach der zunächst Arbeitsminister Norbert Blüm die „süße“ Rolle zufiel, lediglich eine „Klarstellung“ des umstrittenen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) zu verfolgen.

Danach aber, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Gewerkschaften das doppelte Spiel durchschauten, setzte es Hiebe nach dem vom Wirt-schaftsrat der CDU, den Wirtschaftsliberalen und den Wirtschaftsverbänden angegebenen Takt. Wie es die vereinigte Rechte befahl, soll der Gesetzgeber dafür sorgen, daß mittelbar von Streik und Aussperrung betroffene Arbeit-nehmer einer umkämpften Branche außerhalb des eigentlich umkämpften Tarif gebietes dann von Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sein sollen, wenn für sie eine Hauptforderung erhoben wird, die nach Art und Umfang der im Kampfgebiet erhobenen Hauptforderung „annähernd gleich“ ist.

So kompliziert und umständlich sich diese Rechtskonstruktion ausnimmt, so schlicht wollen Rechtskoalition und Wirtschaft mit vereinten Kräften die Fähigkeit der Gewerkschaften zu Arbeitskämpfen schwächen. Bei der von allen Seiten anerkannten, teilweise technologisch bedingten, enger gewor-denen Verflechtung der Wirtschaft mit geringstmöglicher Lagerhaltung und kostengünstigen knappen Vorräten in den Betrieben läuft die Argumentation der Regierung/Wirtschaft auf blanke Irreführung hinaus, allein der „Minimax-Strategie“ der Gewerkschaften (mit minimalem Streikumfang einen maxi-malen Arbeitskämpfeffekt zu erreichen) müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Denn die mittlerweile hochentwickelten gegenseitigen Abhängigkeiten der Liefer- und Abnahmebeziehungen in den Unternehmen führen dazu, daß nahezu jeder regional eng begrenzte Tarifkonflikt - ob mit oder ohne „Minimax“ - durchaus bundesweit spürbar wird, wenn die Arbeitgeber diese Wirkung wollen. Mit einer geschickten Aussperrungspolitik hätten sie es

künftig nach einem Inkrafttreten des Regierungsentwurfs zur Änderung des „Aussperrungsparagraphen“ 116 AFG in der Hand, beliebig viele Beleg-schaften wegen angeblicher Fernwirkungen eigener Aussperrungen im Konfliktgebiet vor die Tür zu setzen und auszuhungern, wenn die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nicht zu zahlen braucht.

Der im jüngsten Jahresbericht der Arbeitgeber nachzulesende Beschwichtigungsversuch geht unter Berücksichtigung der Verflochtenheit in der Wirtschaft deshalb eindeutig nach hinten los: „Die Arbeitgeber haben gegenüber anderen Behauptungen der Gewerkschaften immer wieder erneut deutlich gemacht, daß sich eine gesetzliche Klarstellung nicht gegen das Streikrecht der Gewerkschaften, sondern nur gegen eine Strategie richte, nach der sich die Situation des letzten Arbeitskampfes in Baden-Württemberg wiederholen könnte.“ Ein überzeugenderer Beweis für das fast schon konspirativ zu nennende Zusammenspiel zwischen Regierung und Unternehmerschaft zur Schwächung der Gewerkschaften läßt sich schwerlich finden.

Auch an diesem Beispiel wird wieder der „rote Faden“ in der Strategie gegen die Gewerkschaften erkennbar, sie zu isolieren und die Arbeitnehmer als Einheit zu spalten. Beim „Aussperrungsparagraphen“ setzten Regierung und Wirtschaftsverbände auf den Aufstand der Nicht-Organisierten gegen die Gewerkschaften, denn als die finanziell alleingelassenen mittelbar Betroffenen sind sie es, die auf ein schnelles Ende des Arbeitskampfes drängen. Bei den von rechts angestrebten Manipulationsversuchen an der Arbeitslosenstatistik wollen Regierung und Wirtschaft „Freigesetzte“ gegen Noch-Beschäftigte ausspielen. Bei den „Dreier-Gesprächen“ der Regierung mit Arbeitgebern und Gewerkschaften geht es darum, die Führung der Arbeitnehmerorganisation von ihrer Basis zu trennen; die einen am Kamin im Kanzlerbungalow zu hofieren, die anderen als „Druck der Straße“ zu denunzieren.

Ganz deutlich werden diese Spaltungsversuche an dem von den Regierungsparteien im letzten Jahr eingebrachten Gesetzentwurf zur Verstärkung der Minderheitenrechte in Betrieben und Verwaltungen. Auch hier sollen durch die Einrichtung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte und durch Quorumsänderungen für Betriebsratswahlvorschläge die Positionen der Gewerkschaften geschwächt werden. Um nichts anderes geht es auch bei der Weigerung von Regierung und Arbeitgebern, der gewerkschaftlichen Forderung nach einer erweiterten Mitbestimmung bei Einführung und Anwendung neuer Techniken nachzugeben. In allen diesen Fällen hofft man, daß sich Teile der Arbeitnehmer abspalten und sich ihre eigene Vertretung zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen außerhalb des Gewerkschaftsdaches suchen. Deshalb auch verfolgen Regierung und Arbeitgeber ihre Pläne zur Flexibilisierung von Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitslohn und Arbeitsmarkt mit beharrlicher Zähigkeit und arbeiten - etwa mit dem Mitte letzten Jahres in Kraft getretenen „Beschäftigungsförderungsgesetz“ - Hand in Hand an dem Konzept des „Heuerns und Feuerns“.

Das Eiltempo, mit dem die Änderungen des „Aussperrungsparagrafen“ 116 AFG über die Gesetzgebungshürden gebracht werden, zeigt, daß die konservativen Kräfte in Regierung und Wirtschaft diesen Prozeß der Entsolidarisierung im Lande eher noch beschleunigen wollen. Die Gewerkschaften werden vor die Wahl gestellt, „nun an der Lösung der durch die moderne Technologie bedingten neuen Aufgaben mitzuarbeiten“ und statt am Konflikt zwischen Kapital und Arbeit an einer neuen Gesellschaft mitzuschaffen - so ein CDU-Papier - oder sich diesem „Individualisierungstrend“ der modernen Mittelstandsgesellschaft zu verschließen und zum Relikt vergangener Zeiten zu werden - so der Jahresbericht der Arbeitgeber. So, wie es dem australischen Großverleger Rupert Murdoch in seinem Londoner Zeitungsimperium gelungen ist, die einzelnen Gewerkschaften gegenseitig auszuspielen, gibt es auch bei uns Beispiele, die auf die Entschlossenheit hindeuten, mit der die konservativen Kräfte im Lande die Arbeitnehmerorganisationen zur Kapitulation zwingen wollen. Zwar wird immer von „starken Gewerkschaften“ gesprochen, aber gemeint sind damit „Ordnungskräfte“ im Dienste der von Konservativen und Kapital vorgegebenen Rahmenbedingungen.